



# NIEDERSCHRIFT

über die 27. Sitzung des Stadtrates  
der Stadt Landau in der Pfalz  
am Dienstag, 04.04.2017,  
im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:01

Ende: 19:30



## Anwesenheitsliste

### CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Michael Schreiner

### SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Aydin Tas

Hans Peter Thiel



Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

LKR

Georg Schmalz

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron



Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Jürgen Bibus	(Hauptamt)
Kurt Degen	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Horst Pede	(Rechnungsprüfungsamt)
Jan Marco Scherer	(Sozialamt)
Roland Schneider	(Projektgruppe Landau baut Zukunft)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Sandra Diehl	(Pressesprecherin)
Klaus Kißel	(Ortsvorsteher Arzheim)
Rolf Kost	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)
Dr. Thorsten Sögding	(Ortsvorsteher Nußdorf)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

CDU

Rudi Eichhorn

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Prof. Peter Leiner

Magdalena Schwarzmüller

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Andrea Heß

FWG

Linda Klein

AfD

Jürgen Sauer



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Initiative "Landau baut Zukunft"; - Konkretisierung der Wohnbauflächenpotentiale, - 6. Erfahrungs-/Statusbericht zur Baulandstrategie, - Prioritätenliste zur künftigen Entwicklung von Wohnbauflächen  
Vorlage: 040/006/2017
  - 2.1. Initiative "Landau baut Zukunft"; Konkretisierung der Wohnbauflächenpotentiale, - Ergebnisse der Sitzungen aller Ortsbeiräte, der Ortsvorsteherbesprechung und der Sitzungen des Bauausschusses und Hauptausschusses, - Antrag der SPD-Stadtratsfraktion  
Vorlage: 040/009/2017
  - 2.2. Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion; Reduzierung der dreistufigen Entwicklung in den Stadtteilen auf zwei Stufen  
Vorlage: 101/361/2017
3. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Bericht zur sozialen und beruflichen Integration der Flüchtlinge  
Vorlage: 101/362/2017
4. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2012  
Vorlage: 060/040/2016
5. Neubesetzung des Kuratoriums Volkshochschule  
Vorlage: 100/224/2017
6. Notwendige Besetzung von ausgeschriebenen Stellen  
Vorlage: 110/600/2017
7. Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges 3000 (TLF-3000) für die Freiwillige Feuerwehr in Landau in der Pfalz  
Vorlage: 150/032/2017
8. Einrichtung eines Beirates für ältere Menschen; Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über den Beirat für ältere Menschen  
Vorlage: 300/131/2017
9. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd"; 1. Controllingbericht  
Vorlage: 600/093/2017



10. Bebauungsplan F 7 „Ehemaliger Möbelhof in der Helmbachstraße“, Aufstellungsbeschluss und Abweichung von der Quotierungsrichtlinie  
Vorlage: 610/450/2017
11. Erstmalige Herstellung der Bornbachstraße  
Vorlage: 660/126/2017
12. Baulicher Unterhalt der Ingenieurbauwerke (Zeitvertrag vom 02.05.2017 bis 30.04.2019), Vergabe der Instandsetzungsarbeiten (Betonsanierung)  
Vorlage: 680/142/2017
13. Übertrag von Mitteln des Wirtschaftsplanes 2016  
Vorlage: 820/210/2017
14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin begrüßte, dass im Rahmen des Mobilitätskonzeptes in der Annweiler Straße stadteinwärts ein Fahrradstreifen angelegt worden sei. Allerdings höre dies bei Hausnummer 30 auf. Die Frage sei, ob dies ein Provisorium sei und dies noch weiter geführt werde.

Bürgermeister Dr. Ingenthron sagte zu, dass man dem Hinweis nachgehen werde. Wenn man etwas verbessern könne, dann werde man dies tun.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Initiative "Landau baut Zukunft"; - Konkretisierung der Wohnbauflächenpotentiale, - 6. Erfahrungs-/Statusbericht zur Baulandstrategie, - Prioritätenliste zur künftigen Entwicklung von Wohnbauflächen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Projektgruppe Landau baut Zukunft vom 31. Januar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei dies eine wichtige Vorlage, um zeitnah die Voraussetzungen zur Schaffung von Wohnraum zu schaffen. So wolle man in allen Stadtteilen in den nächsten Jahren Wohnbaugebiete erschließen. Zugleich wolle man in der Kernstadt das Thema Konversion abschließen. Diese Vorlage sei in allen Ortsbeiräten zustimmend behandelt worden mit Ausnahme von Arzheim. Mit Arzheim habe man vereinbart zu prüfen, inwieweit die vorgesehene Fläche besiedelt werden könne. So könnte eine Realisierung bis zum Jahr 2021 möglich werden, was auch in einem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Ausdruck komme. Das Anliegen des Antrages, aus der vorgesehenen dreistufigen Entwicklung zwei Stufen zu machen, habe man in die zusätzliche Vorlage mit aufgenommen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass mit dieser Vorlage die Grundlage für eine strukturelle Weiterentwicklung von Landau gelegt sei. Dies sei heute aber kein Endergebnis, sondern ein Zwischenschritt. Bei den Bauflächen in den Ortsteilen freue er sich über den Erkenntnisgewinn der anderen Fraktionen. In früheren Jahren seien entsprechende Anträge seiner Fraktion regelmäßig abgelehnt worden. Etwas verwundert sei er über die Entwicklung dieser Vorlage bis zum heutigen Tage. Im Hauptausschuss seien einige Widersprüche in der Vorlage gewesen. Aus diesem Grund habe man sich im Hauptausschuss enthalten. Mit der jetzt vorliegenden Sitzungsvorlage könne die CDU gut leben. Man befürworte alles, was in den Ortsteilen für eine Beschleunigung Sorge. Für die CDU wäre dies auch in einer Tranche möglich gewesen. Die CDU-Stadtratsfraktion werde daher der Vorlage in ihrer Gesamtheit zustimmen. Der Ball liege dann aber wieder im Spielfeld der Ortsvorsteher.

Ratsmitglied Maier hielt die von der Verwaltung vorgelegten Untersuchungsergebnisse für schlüssig und nachvollziehbar. Daher werde die SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich zustimmen. Für ihn sei es am wichtigsten, dass sich das Ankaufsmodell parteiübergreifend durchgesetzt habe. Es sei daher sinnvoll, in den Ortsteilen zunächst die Verkaufsbereitschaft abzuklären. Natürlich mache es Sinn, dass erst Flächen angegangen werden die bereits im Flächennutzungsplan der Stadt seien. Arzheim habe hier andere Signale bekommen, weshalb man verwundert gewesen sei, dass Arzheim nicht für die erste Stufe vorgesehen gewesen sei. Deshalb habe man als SPD-Stadtratsfraktion diesen Antrag gestellt.

Ratsmitglied Lichtenthäler erinnerte daran, dass seine Fraktion der Ursprungsvorlage zu den vorbereitenden Untersuchungen im März 2016 nicht zugestimmt habe. Die Inwis-Studie sei nach wie vor nicht überzeugend. Gleichwohl sei diese Studie 1:1 Grundlage der Prognose. Natürlich sei Landau attraktiv und habe eine große Anziehungskraft. Die Frage sei aber, was wir für dieses Schwarmverhalten opfern. Den Genehmigungsbehörden werde das Postulat „Gewinner brauchen Gestaltungsfreiheit“ sicher nicht ausreichen. Diese Behörden müssten sich auch um die Verlierer kümmern und die Prognosezahlen hinterfragen. Die Vorlage aber suggeriere vom Tenor her, als würden die Aufsichtsbehörden dies alles so mittragen. Dass es einen großen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gebe, sei schon lange bekannt. Es sei aber all die Jahre nichts geschehen. Erst mit den anderen Fördermöglichkeiten und dem jüngsten Quotierungsbeschluss sei etwas in Bewegung gekommen.



Die heutige Vorlage gehe nicht mehr von 100 Hektar aus, sondern empfehle zwei Entwicklungsabschnitte. Man erfahre insbesondere nichts über die qualitative Entwicklung des Gebietes. Bei vielen Schlüsselgrundstücken fehle es wohl auch an der Verkaufsbereitschaft. Seiner Meinung nach sei man gut beraten, vor einer Beschlussfassung die weiteren Untersuchungen abzuwarten. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Der Vorsitzende war der Meinung, dass es wohl auch bei den Grünen einen gewissen Erkenntnisgewinn gebe. Offensichtlich gehe es den Grünen nicht mehr um das „Ob“, sondern um das „Wie“. Die Diskrepanz mit den Aufsichtsbehörden gehe nur um die Frage, ob ein zweiter Entwicklungsabschnitt nötig sei. Die Wachstumsprognosen würden aber grundsätzlich anerkannt. Es zeige sich aber, dass die Dynamik der tatsächlichen Entwicklung schneller sei als die Prognose.

Ratsmitglied Freiermuth sah in dem heutigen Beschluss einen wichtigen Zwischenschritt. Fakt sei, dass ein immenser Zuzug bestehe. Es sei ja mehrfach betont worden, dass die 100 Hektar nur ein Untersuchungsgebiet waren und nie geplant gewesen sei, dies alles zu bebauen. Die Sitzungsvorlage habe einige Punkte mit Unsicherheiten. Er sei sich keineswegs sicher, dass in den Ortsteilen alle vorgesehenen Flächen auch bebaut werden könnten. Gegen Zuzug könne man nichts machen, die Leute stimmten letztlich mit den Füßen ab. Es sei auch nicht sicher, dass man die vorgesehenen 150 Einheiten im Bereich des Bahnhofs realisieren könne. Die Bodenbelastungen könnten das Ganze auch komplett zu Fall bringen. Der Antrag der SPD-Fraktion mache in jedem Fall Sinn. Arzheim habe ein berechtigtes Interesse und sich zu Recht gewehrt. Ausdrücklich begrüße man die geplante Wohnungsbaugesellschaft und die dafür vorgesehene Mischfinanzierung. Sinnvoll wäre es auch, nochmal das von der FWG vorgeschlagene Gelände an der Weißenburger Straße zu untersuchen. Es sei dies eben kein hochwertiges Weinberggelände, sondern lediglich Ackerland. Eine weitere Unsicherheit sei die Verkaufsbereitschaft der Landbesitzer. Er hoffe, dass der Preis ausreiche und die Flächen verkauft werden. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl kritisierte, dass die Verwaltung hier häppchenweise vorgehe und sich die Zustimmung des Rates sichern wolle. Dies zu einem Zeitpunkt, an dem die Voruntersuchungen noch nicht abgeschlossen seien. Die Inwis-Studie sei und bleibe mangelhaft und nicht schlüssig. Trotzdem werde sie immer wieder als Grundlage für die nächsten Schritte herangezogen. Schlecht sei auch, dass in der Vorlage die Stadtdörfer und die Kernstadt zusammengemixt seien. Eine maßvolle Entwicklung in den Stadtdörfern könnte die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion zustimmen. Die Aufsichts- und Genehmigungsbehörden hätten sehr wohl noch Abstimmungs- und Beratungsbedarf. Von daher sei der Beschluss heute übereilt und der falsche Zeitpunkt dafür. In der Vorlage sei auch der soziale Wohnungsbau nicht enthalten. Die bisherigen Planungen würden böses erwarten lassen.

Sie bitte darum, nochmal die Argumente zu prüfen und hier keinen Schnellschuss zu machen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde die Sitzungsvorlage ablehnen.

Der Vorsitzende erläuterte, dass ein Flächennutzungsplan alle 15 Jahre neu aufgestellt werde. Beim Thema Wohnungsbaugesellschaft werde man in den kommenden Wochen die Gremienberatungen haben. Da werde es dann zum Schwur kommen. Dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion bei einer Baulandentwicklung in den Stadtteilen zustimmen würde, sei auch ein Erkenntnisgewinn.



Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 25 Ja,- 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

1. den konkretisierten Wohnbauflächenpotenzialen in der Kernstadt und den Stadtdörfern (siehe Anlagen 1 bis 3) zuzustimmen. Die aufgezeigten Potenziale sind bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (FNP) der Stadt Landau in der Pfalz zu berücksichtigen.
2. Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Baulandstrategie zur Kenntnis und beschließt die vorgelegte Prioritätenliste zur künftigen Entwicklung von Wohnbauflächen in den Stadtdörfern.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der o. g. Prioritätenliste die Kosten für die Baulandentwicklungen zu ermitteln und im separaten Nachtragshaushalt „Landau baut Zukunft“ abzubilden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die städtischen Gremien über Änderungen an den Flächenzuschnitten der jeweiligen Wohnbauflächenpotenziale (z. B. wg. fehlender Verkaufsbereitschaft) zu informieren und danach in den Planungsprozess zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans zu integrieren.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)**

**Initiative "Landau baut Zukunft"; Konkretisierung der Wohnbauflächenpotentiale, - Ergebnisse der Sitzungen aller Ortsbeiräte, der Ortsvorsteherbesprechung und der Sitzungen des Bauausschusses und Hauptausschusses, - Antrag der SPD-Stadtratsfraktion**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Projektgruppe Landau baut Zukunft vom 27. März 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 25 Ja,- 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

**Den Ergänzungen und Konkretisierungen zur Sitzungsvorlage 040/006/2017, die von den vorberatenden Gremien sowie auf Basis des Antrags von der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.03.2017 formuliert wurden, wird gemäß den in der Begründung aufgeführten Empfehlungen der Verwaltung zugestimmt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.2. (öffentlich)**

**Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion; Reduzierung der dreistufigen Entwicklung in den Stadtteilen auf zwei Stufen**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 8. März 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.

**Der Antrag ist inhaltlich in die Vorlage 040/009/2017 eingearbeitet.**



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### **Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Bericht zur sozialen und beruflichen Integration der Flüchtlinge**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 27. März 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Anlass für den Antrag sei die aktuelle Fortschreibung des Integrationskonzeptes. Es gehe um einen Sachstandsbericht zur derzeitigen Lage. Wichtig sei ihr auch die Effektivität der Stellenmehrung zu überprüfen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass Landau eine der ersten Kommunen in Rheinland-Pfalz gewesen sei, die ein solches Integrationskonzept verabschiedet habe. Über die Arbeitsergebnisse sei auch regelmäßig in der Steuerungsgruppe berichtet worden. In vielen Fragen des Integrationskonzeptes gebe es eine neue Dynamik. Der Fragenkatalog sei sehr umfangreich und teilweise auch außerhalb der Zuständigkeit der Verwaltung. Deshalb schlage er vor, die entsprechenden Vertreter in den Sozialausschuss einzuladen und dort berichten zu lassen.

Ratsmitglied Dr. Migl ging es auch um die Wertigkeit des Antrages. Daher sollte die Berichterstattung im Stadtrat erfolgen und nicht in einem Ausschuss.

Ratsmitglied Follenius-Büssow unterstützte den Antrag und sprach sich für einen Verweis in den Sozialausschuss aus. Sie bitte nur darum, hier kein Stückwerk zu machen, sondern einen kompletten Überblick zu erhalten.

Der Vorsitzende bat darum, Fragen einzureichen, die man dann den Experten vorlegen könne. Im Übrigen werde man die Mitglieder des Stadtrates gerne zu der Sitzung des Sozialausschusses mit einladen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion, einen Bericht über die aktuelle Entwicklung der sozialen und beruflichen Integration der Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Stadt Landau abzugeben, wird in den Sozialausschuss verwiesen. Zu der Sitzung werden die Mitglieder des Stadtrates eingeladen.**



#### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### **Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2012**

*Oberbürgermeister Hirsch und Beigeordneter Klemm waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.*

Den Vorsitz übernahm Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 23. Januar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio erläuterte als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses die Vorlage. Einzige wesentliche Beanstandung sei die verspätete Vorlage des Jahresabschlusses. Der Planansatz im Haushalt 2012 sei von einem Fehlbetrag von 12,6 Millionen Euro ausgegangen. Tatsächlich stehe am Ende ein Plus von 10 Millionen Euro, eine Verbesserung von insgesamt 22,6 Millionen Euro. Gründe hierfür seien unter anderem sehr positive Steuereinnahmen und Steuerungsmaßnahmen der Verwaltung. Der Ausschuss habe eine ordnungsgemäße Rechnungslegung festgestellt, es gebe keine Beanstandungen. Man empfehle die Entlastung des Stadtvorstandes.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass er sich wegen der verspäteten Vorlage des Jahresabschlusses enthalten werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

- a. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2012 sowie
- b. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2012.





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Neubesetzung des Kuratoriums Volkshochschule**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. April 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt**

1. Frau Monika Vogler, Drachenfelsstraße 13, 76829 Landau in der Pfalz
2. Rolf Morio, Marienring 16, 76829 Landau in der Pfalz

**als Mitglieder in das Kuratorium der Volkshochschule sowie**

**Herrn Aydin Tas, Marktstraße 90, 76829 Landau in der Pfalz**

**als stellvertretendes Mitglied in das Kuratorium der Volkshochschule.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### Notwendige Besetzung von ausgeschriebenen Stellen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personal- und Organisationsabteilung vom 23. März 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion trotz Bedenken zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Es wird zugestimmt, dass den ausgewählten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, für deren Einstellung der Hauptausschuss nach § 47 Abs. 2 GemO zustimmen muss, in der sitzungsfreien Zeit zwischen dem 5. April 2017 bis 7. Mai 2017 zeitnah eine Einstellungszusage erteilt werden kann.**

Der Hauptausschuss wird in seiner nächsten Sitzung über die Personalauswahl informiert.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges 3000 (TLF-3000) für die Freiwillige Feuerwehr in Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz vom 21. März 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Auftrag zur Lieferung eines Tanklöschfahrzeuges 3000 für die Freiwillige Feuerwehr Landau in der Pfalz wird an die**

- **Firma Daimler AG, Niederlassung MA-HD-LD, Elsa-Branström-Straße 6, 68007 Mannheim für das Fahrgestell**
- **Firma Magirus GmbH, Graf-Arco-Straße 30, 89079 Ulm für den Aufbau und die Beladung**

**zu den Preisen ihrer Angebote vom 1. März 2017 erteilt.**

**Die geprüfte Auftragssumme beläuft sich auf insgesamt 248.719,60 € (Fahrgestell 83.685,00 €, Aufbau und Beladung 165.034,60 €).**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### Einrichtung eines Beirates für ältere Menschen; Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über den Beirat für ältere Menschen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 14. März 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Im September letzten Jahres habe man einen entsprechenden Grundsatzbeschluss gefasst. Eine Arbeitsgruppe habe nun diese Satzung, die heute zur Beschlussfassung vorliege, erarbeitet. Die vereinfachte Wahl des Beirates soll in einer Veranstaltung im Alten Kaufhaus am 9. November 2017 stattfinden.

Ratsmitglied Follenius-Büssow erklärte, dass sie inhaltlich mit der Vorlage einverstanden sei. Für eine effiziente Arbeit sollte der Beirat auch solide finanziell ausgestattet werden. Sie störe sich aber an der Formulierung, dass der Stadtvorstand die Satzung gendergerecht überarbeiten ließ. Vielmehr sei dies ein Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion gewesen. Der Antragsteller müsse aber in der Vorlage sichtbar sein und nicht einfach ignoriert werden.

Der Vorsitzende sicherte zu, dies als Protokollnotiz aufzunehmen.

Ratsmitglied Dr. Migl war es wichtig, dass man nun in Landau auch solch einen Beirat bekomme. Man sei in Rheinland-Pfalz eine der letzten Kommunen, die diesen Beirat einrichten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. den dieser Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über den Beirat für ältere Menschen“ als Satzung.
2. Die erste Wahl des Beirates für ältere Menschen wird 2017 durchgeführt, die nachfolgenden Wahlen jeweils im Jahr der Kommunalwahl.
3. Für die Wahl des Beirates für ältere Menschen werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 3.000,00 € bereitgestellt.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd";**

**1. Controllingbericht**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 3. März 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man könne hier mit Überzeugung von einer Erfolgsgeschichte sprechen.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

### **Bebauungsplan F 7 „Ehemaliger Möbelhof in der Helmbachstraße“, Aufstellungsbeschluss und Abweichung von der Quotierungsrichtlinie**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 27. Februar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es gehe hier um die Frage einer Abweichung vom Konzept 25 % für sozialen Wohnungsbau bei solchen Flächen. Grund für diese Abweichung sei die lange Entwicklungszeit, die deutlich vor dem entsprechenden Beschluss begonnen habe. Mit dem Konzept würden die Projektentwickler auch dem Sozialgedanken Rechnung tragen.

Ratsmitglied Lerch sah in dem Projekt eine sinnvolle Verdichtung im Innenstadtbereich. Dies sei effektiv und umweltschonend. Er sehe hier durchaus eine begründete Ausnahme vom kürzlich beschlossenen Grundsatz. Man habe letztlich keine echte Alternative als dies vom Prinzip her zu akzeptieren.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich zustimmen werde. Von der Außenwirkung her sei es sicher nicht förderlich, gleich beim ersten Beschluss eine Ausnahme zu machen. Er sei aber der Auffassung, dass ein Entgegenkommen bei dem bereits genehmigten Mehrfamilienhaus gut gewesen wäre. Allerdings mache es städtebaulich ohne Zweifel Sinn.

Ratsmitglied Hartmann erinnerte daran, dass es auch viele junge Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen gebe. Für diesen Personenkreis wie auch für zum Beispiel Alleinerziehende oder junge Familien sei eben nicht der Erwerb von Eigentum das erste Ziel. Diese Menschen würden nach Mietwohnungen suchen. Dies aber sei in dieser Stadt großer Mangel. Daher habe man ja auch diesen Beschluss gefasst. Bei der erstbesten Möglichkeit rücke man jetzt aber davon ab. Er halte dies nicht für richtig. Deshalb lehne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion diese Sitzungsvorlage ab. Es müsse darum gehen, die Investoren auch zur sozialen Verantwortung zu zwingen.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass der Planungsbeginn hier schon 2015 gewesen sei, also lange vor dem Beschluss. Er sei der Überzeugung, dass diese Häuser ein Gewinn für den Horst sein werden. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Wagner teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion die Vorlage ablehnen werde. Er könne sich den Ausführungen von Herrn Hartmann anschließen. Nach seinem Empfinden sei der Beschluss zu 25 % bezahlbarem Wohnraum Augenwischerei. Gerade in diesem Fall wäre aus seiner Sicht auch anderes möglich gewesen. Unsere Frage müsse aber die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung sein.

Ratsmitglied Schmitt war der Meinung, dass man hier ein Exempel statuieren. Man habe einen Beschluss, den man erst am 7. März 2017 gefasst habe. Schon beim ersten Beschluss eines Bebauungsplanes knicke man jetzt ein. Der Stadtrat müsse aber zu seinem Beschluss stehen, auch wenn es mal unbequem werde. Man sehe in der Vorlage auch nichts von einer Ersatzmöglichkeit für die Nichtschaffung von bezahlbarem Wohnraum. Er werde die Vorlage ablehnen, da ihm die Bedürfnisse einzelner Menschen wichtiger seien als der Reibach von Investoren.



Der Vorsitzende entgegnete, dass nicht jeder, der in der Stadt investiere, Heuschrecke sei. Er halte es für wichtig, dass man eine Nachverdichtung in diesem Bereich des Horstgebietes vermeide.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 26 Ja,- 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau wird der Bebauungsplan F 7 „Ehemaliger Möbelhof in der Helmbachstraße“ aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in dieser Begründung dargestellten Planungsziele vorzunehmen.
3. Der Abweichung von der Richtlinie zur Festsetzung von gefördertem Mietwohnungsbau nach Landeswohnraumfördergesetz (LWoFG) im Rahmen der Baulandbereitstellung in der Stadt Landau (Quotierungsrichtlinie) und der in der Begründung beschriebenen Ersatzmaßnahme zum Nachweis der sozialen Verantwortung wird zugestimmt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

### Erstmalige Herstellung der Bornbachstraße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Februar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Planung zum erstmaligen Ausbau der Bornbachstraße und dem Neubau einer Querspange zur Lotschstraße auf Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung in Abweichung vom Bebauungsplan C 17 wird zugestimmt.
2. Den Abweichungen vom Bebauungsplan C 17 in Bezug auf die Größe der Wendeanlage, der Anzahl der zu pflanzenden Bäume und der Ersatzbaumpflanzungen auf externen Flächen wird zugestimmt
3. Der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 200.000 € im PK 5410 096341 „Bornbachstraße“ wird zugestimmt.
4. Der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 35.000 € im PK 5410 0481 „Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte“ wird zugestimmt.
5. Das Stadtbauamt wird mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Baulicher Unterhalt der Ingenieurbauwerke (Zeitvertrag vom 02.05.2017 bis 30.04.2019), Vergabe der Instandsetzungsarbeiten (Betonsanierung)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 23. März 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Auftrag zur Ausführung von Instandsetzungsarbeiten (Betonsanierung) im Rahmen des baulichen Unterhalts der Ingenieurbauwerke (Zeitvertrag) in Landau in der Pfalz ist der Firma HWP Substanzbau GmbH, Mannheim, zu den Preisen ihres Angebotes vom 22.02.2017, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 30.812,66 EUR jährlich abschließt, zu erteilen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Übertrag von Mitteln des Wirtschaftsplanes 2016**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 22. Februar 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den Übertrag von Mitteln des Wirtschaftsplanes 2016 für die Modernisierungsmaßnahme im Kaufmännischen Teil der Berufsbildenden Schule in Höhe von 495.000 €.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)**

**Verschiedenes**

Zu diesem Punkt war nichts zu protokollieren.



Die Niederschrift über die 27. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 04.04.2017 umfasst 26 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 169.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter